

Basel Stadt Land Region

Beiständin unterdrückt Pädophilie-Hinweise

Strafanzeigen eingereicht Jetzt kommt aus: Schon vor einem Jahr hat die kleine Nathalie angedeutet, sie werde missbraucht. Aber die Kesb-Beiständin unterdrückt Informationen, die gegen den Vater zielen. Das belegt eine weitere Audioaufnahme.

Daniel Wahl

Der Lockdown hat die kleine Nathalie vom Druck befreit, immer wieder ihren Vater besuchen zu müssen. Die Todesangst vor Papa rückte in der Corona-Zeit in den Hintergrund, sodass die Achtjährige im vergangenen Monat der Kinder- und Jugendpsychiatrie Baselland die schrecklichsten Übergriffe anvertraute – Vergewaltigungen, Sodomie, Satansrituale und Exkrementenspiele. Die Aussagen des Kindes werden von renommierten Experten als authentisch und nicht erfunden bezeichnet (BaZ vom Mittwoch). Aber statt die Strafverfolgungsbehörden über den dringenden Verdacht von Officialdelikten zu orientieren, informierten die zuständigen Ärztinnen zuerst den Vater selber. Ausgerechnet jenen Mann, der Nathalie töten würde, wenn seine Tochter gegenüber Dritten ausspuckt, wie Nathalie zu Protokoll gab.

Neue Recherchen der «Basler Zeitung» zeigen: Die Mitarbeiterinnen der Sozialregion Dorneck in Dornach – der verlängerte Arm der Kesb Dorneck-Thierstein/Tal Gäu (DTTG) mit Sitz in Balsthal – haben schon lange Hinweise auf Pädophilie und Übergriffe. Doch die Informationen zum mutmasslich triebgestörten Kindsvater – es gilt die Unschuldsvermutung – hat die Mitarbeiterin R. unter aktiver Mitwirkung von Helga Berchtold, Bereichsleiterin Kinder- und Erwachsenenschutz, unterdrückt und zurückgehalten. Aufschlussreich ist besonders ein Audiodokument, das die BaZ als Beleg in einer verkürzten Version online stellen darf (www.baz.ch).

Untätig geblieben

Dort gibt Nathalie schon im Juni 2019 an: «Mein Papa macht jedes Mal etwas Gruusiges, wenn ich bei ihm bin. Und immer; also letztes Mal wollte er immer, dass ich sein Schnäbli sehe, und er hat absichtlich die Beine aufgemacht, als wir zusammen aufs WC gingen, dass ich es habe sehen müssen, und ich wollte es gar nicht sehen.» Mitarbeiterin R. verspricht dem Kind, auf das Thema zurückzukommen. Zuerst aber will sie ihr Befragungsprogramm weiter abspu-



An dieser Sackgasse in Dornach arbeiten die Kesb-Sozialarbeiterinnen, die im Fall von Nathalie schon lange Hinweise auf Pädophilie und Übergriffe haben. Foto: Florian Bärtschiger

len. Auf das von Nathalie aufgebrachte Missbrauchsthema geht die diplomierte Sozialarbeiterin dann nicht mehr ein.

In beklemmender Weise erzählt das Kind mehrfach in diesem Gespräch, wie es nach den Besuchen beim Vater immer krank werde. Eine Erklärung kann die damalige Erstklässlerin nicht geben, was wiederum typisch ist für bedrohte Miss-

brauchopfer im Kindesalter. Die Andeutungen des Kindes führten ebenso wenig zu einer Abklärung wie auch die Informationen der Minderjährigen in mehreren Einzelgesprächen, dass der Vater vor ihr das «Glied mit etwas eingerieben hat, bis es sich bewegte», und dass sie mit Papa einen FKK-Strand aufsuchen musste.

Das Kindeswohl unter diesen Prämissen ist bei der Sozialregion

Dorneck offenbar kein Thema: Permanent drängt die Beiständin R. im Auftrag der Kesb DTTG das Kind zu weiteren Besuchen. Verweigert sich das Kind zuletzt gegenüber jenem Beistand, der die Besuchsübergaben organisieren muss: «Ich gehe nicht zum Papi. Ich rede nicht mehr mit Frau R. Es hat das letzte Mal nichts mehr gebracht, es hat immer nichts gebracht.»

Das Kind erzählt dem Besuchsübergabe-Beistand, wie sie R. voreingenommen erlebt: «Dann sagt man immer, ich bin vom Mami beeinflusst, aber das stimmt doch gar nicht.»

Es geht noch weiter: Das Kesb-Amt hat dem Besuchsübergabe-Beistand, der Nathalie ernst nahm und vom Besuchszwang beim Vater in einem Schreiben dringend und begründet abgeraten hatte, den Auftrag umgehend entzogen und den Beistand durch einen Linientreuen ersetzt.

Allein die Abklärungen der Sozialarbeiterin Z. in der Sozialregion Dorneck hätten aufhorchen lassen müssen. Z. arbeitet auch nicht mehr dort. Ihre Erkundigungen hatten ergeben, dass der Vater «immer wieder die Arbeitsstelle wechseln musste». Ein Kinderhaus entliess ihn fristlos in der Probezeit, weil er «gemäss Kündigungsschreiben als Teamleiter bei den Mitarbeitenden derart negative Reaktionen ausgelöst hatte, dass die nötige Akzeptanz nicht gegeben war».

Druck macht Kind krank

Eine Stiftung für sozialpsychiatrisch begleitetes Wohnen und Werken bezeichnet den Mann auf Anfrage der Sozialarbeiterin unumwunden als «egozentrischen Konfliktpartner, dem es an Empathie fehlt». Er habe eine harte Seite, insbesondere gegenüber Frauen, mit denen er offenbar ein Problem habe. Er tendiere zu verbalen Erniedrigungen und habe ganz allgemein eine subtile Vorgehensweise. Das Auftreten von Nathalies Vater sei «dermassen massiv gewesen, dass das ganze Team noch heute eine riesige Wut auf ihn hat». Ein weiterer Arbeitgeber dokumentiert «eine grenzüberschreitende Dominanz mit grober Sprache. Zu den Jugendlichen hat er auch einen herzlichen Umgang gepflegt».

Der Zwang der Kesb, den Vater trotz dieser Informationen besuchen zu müssen, macht sich beim kleinen Kind mit schweren Beschwerden bemerkbar. Nathalies Ärztin warnt vor weiteren emotionalen und körperlichen Schädigungen und notiert: «Gegenwärtig leidet Nathalie zunehmend an Schlafstörungen, Weinkrämpfen und Episoden

von verzweifelter Stimmung, in denen sie ausspricht, nicht mehr weiterleben zu wollen. Dies ist zusätzlich zu der schon lange bekannten nervösen Blasenschwäche und den rezidivierenden Bauchschmerzen.» Nathalie musste deswegen alle zehn Minuten aufs WC.

Alle diese Informationen lagen teilweise schon vor mehr als einem Jahr vor und hätten von der angeblichen Kinderschutzbehörde zu einem Bild zusammengeführt werden können. Aber wie zum Trotz halten die Kesb und ihre Dornacher Beiständin stur am Besuchsrecht fest.

Auf die im Raum stehenden Vorwürfe geht die Sozialregion Dorneck nicht ein. Der zuständige Gemeindepräsident Christian Schlatter (Freie Wähler) lässt sich

Auf die im Raum stehenden Vorwürfe geht die Sozialregion Dorneck nicht ein.

zwar ausführlich dokumentieren. Aber auch er lässt alle Fragen – insbesondere zu seiner Sorgfaltpflicht zum Kindeswohl – unbeantwortet. Dunkel bleibt das Motiv dieser Frauen, so zu handeln.

Im Wissen darum, dass Nathalie «dramatische Aussagen» bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie gemacht hat, dass indessen auch ein Strafverfahren wegen sexuellen Missbrauchs läuft, will die diplomierte Sozialarbeiterin aus Dornach noch heute das Kind dem Vater zuhalten, wie aus ihrem jüngsten Schreiben vom 14. Mai hervorgeht. Es gelte die Unschuldsvermutung, schreibt sie und empfiehlt: «Im Übrigen halte ich mich an meinen Vorschlag in früheren Stellungnahmen, vorerst ein begleitetes Besuchsrecht einzurichten.»

Will heissen: Jetzt soll das traumatisierte Kind in Gegenwart seines mutmasslichen Peinigers einen Kesb-Aufpasser erhalten.

Die SVP hat von der LDP die Nase gestrichen voll

Regierungsratswahl in Basel Nun ist es definitiv: LDP, CVP und FDP treten ohne SVP an. Diese wagt den Alleingang.

Nun ist es offiziell: Die LDP als dominierende bürgerliche Partei will nicht mit der SVP zusammen antreten, wie am Freitag bekannt wurde. Vielmehr stellt die LDP mit Stephanie Eymann eine weitere Kandidatin auf (siehe BaZ vom Donnerstag). In einer Sitzung der bürgerlichen Parteien am Freitagmorgen habe LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein der SVP die kalte Schulter gezeigt und gesagt, die Partei verfüge über keine valablen Kandidaten, erzählt Eduard Rutschmann, Präsident der SVP Basel-Stadt. Und sagt: «Die LDP schaut nur für sich und nicht für die anderen Bürgerlichen. Die sind für sie nur Statisten.»

Die SVP fühlt sich hintergangen, denn sie ist überzeugt, mit

Gianna Hablützel oder Stefan Suter zwei mögliche Kandidaten gefunden zu haben, die einerseits bürgerlich politisierten und andererseits auch kompromissfähig seien. Noch im Jahr 2016 habe die Zusammenarbeit zwischen CVP, LDP, FDP und SVP gut funktioniert. Dank eines gemeinsamen Tickets sind Lukas Engelberger und Conradin Cramer im ersten Wahlgang gewählt worden, so Rutschmann. «Nur dank der Unterstützung der SVP ist es letztlich Baschi Dürr im zweiten Wahlgang gelungen, Heidi Mück von der Basta knapp zu schlagen.»

Der Frust bei der SVP ist gross. Die Partei hoffte bis zuletzt auf einen breiten Schulterschluss zwischen den bürgerlichen Par-

teien mit je einem Kandidaten von der SVP, LDP, CVP und FDP. Der Eymann-Familienclan habe dies verhindert, sagt Rutschmann.

Sitzverlust prophezeit

Der SVP-Präsident ist überzeugt: Für die künftige Regierungsratswahl bedeute das nichts Gutes. Denn der Sitz von FDP-Regierungsrat Baschi Dürr wackelt. Mit Stephanie Eymanns Kandidatur, auch wenn sie mit und nicht gegen Baschi Dürr antritt, könnten am Ende die Freisinnigen die Zeche für diesen eymannschen Strategiecoup bezahlen müssen. Denn die FDP alleine ist zu klein, um genügend Stimmen zu holen. Für Rutschmann haben LDP und CVP durch ihren Entscheid-

ung die Wahl der Grünliberalen Esther Keller entscheidend erhöht: «Ein Bündnis ohne die SVP führte in den letzten 16 Jahren kein einziges Mal zu einem bürgerlichen Erfolg.»

Bei der FDP ist zurzeit die Furcht vor einem Sitzverlust gewaltig, wie Recherchen der BaZ zeigen. Auch wenn die Unzufriedenheit mit dem eigenen Regierungsrat hoch ist und man sich wieder einen freisinnigen Politiker wie Peter Malama wünscht, so ist die Angst vor dem Abstieg in die Bedeutungslosigkeit grösser als der Mut zu einem Neuanfang ohne Baschi Dürr.

Dass die SVP jetzt mit einem eigenen Kandidaten antreten wird, steht für Rutschmann

ausser Frage. Es stünden drei Namen zur Diskussion: Gianna Hablützel, Stefan Suter und Pascal Brenneisen, ehemaliger Chef von Novartis Schweiz. «Ich bin noch im Gespräch mit Brenneisen», sagt der SVP-Präsident.

So oder so wäre der bekannte Basler Anwalt Stefan Suter ein unerwarteter Kandidat. Er ist politischer Quereinsteiger und hat sich unter anderem als Strafverteidiger einen Namen gemacht. Ob er allerdings zur Verfügung steht, ist unklar. Suter sagt auf Anfrage, er sei zurzeit kein Kandidat und überlege sich jetzt nach der neuen Ausgangslage das weitere Vorgehen.

Mischa Hauswirth

ANZEIGE

